

Kommentar

Spielball der Parteipolitik



MICHAEL BENVENUTI

Die Regierung hat ihre Zusage zum Sechseläuten zurückgezogen. Ob die Regierung mit dem Verzicht nun Grösse gegenüber der Bevölkerung gezeigt hat oder sich im Gegenteil fälschlicherweise vom Pulverdampf einiger selbst ernannter Marketingexperten beeinflussen liess, ist Interpretationssache. Fakt ist hingegen: Das Böög-Theater wirft einmal mehr ein schiefes Licht auf die Bestrebungen, die Führung öffentlicher Unternehmen oder Stiftungen dem Einfluss der Politik und speziell der Parteien zu entziehen. Weil LKW, FMA oder Telecom in der Vergangenheit zu oft Spielball der Parteipolitik waren, schuf der Landtag das Öffentliche-Unternehmen-Steuerungs-Gesetz. Mit dem 2010 in Kraft getretenen ÖUSG sollten Führung, Kontrolle, Effizienz und Transparenz öffentlicher Unternehmen verbessert und diesen gleichzeitig mehr Kompetenzen zugebilligt werden. Sollten, wohlgemerkt.

Politik biegt sich die Feigenblatt-Gesetze zurück

Denn trotz ÖUSG, Corporate Governance und Eignerstrategien nützt die Politik jede sich bietende Gelegenheit, die Unabhängigkeit öffentlicher Unternehmen auszuhebeln: Als die AHV im Herbst 2013 aus der PVS austreten wollte, wurde es ihr von der Landtagsmehrheit verboten. Die Unabhängigen unternahmen wiederum schon mehrere Anläufe, direkt in das operative Geschäft der LLB einzugreifen.

Die Fragen, die sich stellen, sind: Kann sich die Politik endlich dazu durchringen, die von ihr erlassenen Gesetze auch dann zu akzeptieren und umzusetzen, wenn die daraus resultierenden Entscheide nicht den Vorstellungen einzelner Politakteure entsprechen? Oder sollen ÖUSG und Corporate Governance weiterhin nur Feigenblatt-Gesetze darstellen? Sollte tatsächlich Letzteres der Fall sein, wäre es ehrlicher, das ÖUSG wieder abzuschaffen und das operative Geschäft der öffentlichen Unternehmen direkt in die Hände der (Partei-)Politik zu legen.